vds-MV

fo Nr. 3 zur a. o. vds-MV am 4. - 7. 5. 72 des Allgemeinen Studentenausschuß THD

Am Ende des letzten Semesters taten sich drei politische Gruppen im Parlament zu einer anti-MLH-Front zusammen und forderten den AStA auf, dem vds beizutreten. Die Begründung, die diese Gruppen damals gaben - finanzielle Unterstützung des vds als Kampf gegen die Reaktion - schien uns nicht ausreichend. Wir sagten, daß wir zunächst Gespräche mit politischen Gruppen innerhalb des vds führen müßten, um eine realistische Einschätzung der politischen Möglichkeiten im Verband geben zu können. Wir sagten damals auch, diese Frage müssen in breiter studentischer Öffentlichkeit diskutiert werden. Da wir zu Beginn dieses Semesters zuerst einmal die Wahl des neuen Studentenparlamentes organisieren mußten und wir mit einem späteren Zeitpunkt der a.o. MV rechneten gelang es uns nicht, die öffentliche Diskussion vor der Mitgliederversammlung durchzuführen. Diese Kritik ist also richtig, wir hätten aber auf dieser a.o. MV nicht stimmberechtigt teilnehmen können und also auch nicht in den Zentralrat gewählt werden können, wenn wir diese Kritik nich auf uns genommen hätten. Wir sind allerdings der Meinung, daß der AStA den Beschluß über den Eintritt alleine fassen durfte, da der vds einen Zusammenschluß der ASten und nicht "eine quasi gewerkschaftliche Organisation" der Studenten ist. Die INhalte der öffentlichen Diskussion sollten die Anträge und die Politik im vds sein.

" BREITES AKTIONSBONDNIS "

DIe a.o. MV des vds zeigte deutlich, welche einschätzung der Spartakus vom vds hat und wie er den vds als Instrument benutzt, um anderen politischen Gruppen seine Politik unterzujubeln.
Mit dem Ziel eines breiten Aktionsbündnisses aller politischen Gruppen legte er eine Hauptresolution und ein Aktionsprogramm vor, das den vds als ein gewerkschaftliches Organ der Studenten versteht, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte als Hauptziel von Studentenpolitk manifestiert und ausgehend von der Prämisse einer System-Invarianten Wissenschaft die Forderung einer Demokratisierung der Wissenschaft, die eben durch die Demokratisierung in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden soll, beinhaltet.
Dabei wird immer wieder die Notwendigkeit des geschlosssenen Kampfes aller Studenten und seine Wichtigkeit gerade an den einzelnen Hochschulen betont.
Das Verhalten des Spartakus vor und auf der MV zeigt, daß der Appell an die Geschlossenheit der Studenten und an ein breites Bündnis aller fortschrittlichen studentischen Gruppen von ihm dazu benutzt wird, seine Politik als die einzig richtige darzustellen, um bei einer Ablehnung seiner Politik die anderen politischen Studentnevertretungen als Spalter zu denunzieren.
So traf er in München mit den RotenZellen eine Abmachung, die ihm die Stimmdelegation auf der a.o. MV sicherte, die den Münchner AStA den Roten Zellen überließ. Er verzichtete damit in München darauf seine gewerkschaftliche Politik am Ort verfolgen zu können. Ihm war es wichtiger, daß sein Programm , zu dem wir an konkreten Punkten noch Stellung nehmen werden, auf der vds-MV verabschiedet werde, was ihm mit HIlfe der Münchner Stimmen auch gelang. Mit fast immer gleicher Stimmenzahl brachte er alle seine Anträge durch. (Zu den Punkten Vietnam, Hauptresolution, Studienreform, Ausländerrecht, Ostverträge und bayrisches Hochschulgesetz werden wir in Flugblättenr noch ausführlich Stellung nehmen.)

Wie der Spartakus seine Politik im vds durchsetzte, dokumentiert insbesondere das Ende der MV, als der Zentralrat und der Vorstand gewählt wurde:
Der Zentralrat, das Parlament des vds, setzt sich zusammen aus 20 ASten. Man handelte ein Bündnis aus, nach dem die SHB/SF zum Beispiel auf den Beschluß zum vds-press in der Mitgliederversammlung verzichtete und einigte sich, daß von den 20 8 ASten vom Spartakus und der Mehrheitsfraktion des SHB, 2 ASten von den Jungsozialisten und 10 ASten von übrigen Gruppen gestellt werden sollten. Spartakus/SHB hätten dabei mit den Jusos zusammen 50 % der Sitze gehabt. Die nichtspartakistischen Gruppen wollten die Wahl eines Vorstandes aus Spartakus und SHB-MF aufgrund dieses Abkommens nicht verhindern. In der Gewissheit, daß sein Vorschlag die Mehrheit finden würde, hielt sich der Spartakus nicht an dieses Bündnis und präsentierte eine Liste von 20 ASten, von denen 9 im Spartakus, SHB-MF, 2 den Jusos und 9 den anderen Gruppen angehörten. Diese Liste wurde mit den Stimmen von Spartakus, SHB/MF und den Jusos verabschiedet.

VORSTANDSWAHLEN AUS DER TRICKKISTE

Die anderen Gruppen hatten damit nur noch die Möglichkeit, einen reinen Spartakusvorstand zu vehrindern. Laut Satzung sind zur Wahl eines Vorstandes 2/3 der Stimmen notwendig. Erst im 4. Wahlgang sind die Kandidaten mit einfacher Mehrheit gewählt.
Es kann also eine Wahl mit einfacher Mehrheit verhindert werden, wenn man es nicht zu einem 4. Wahlgang kommen läßt; was bedeutet, daß man nach dem 1. oder 2. Wahlgang die Eröffenung einer neuen Kandidatenliste fordert und neue Kandidaten auf die Liste setzt.
So gingen die anderen Gruppen auch vor. Nachdem die 3 Spartakus/SHB-Kandidaten nach 2 Wahlgängen nicht gewählt wurden, schlug man von den anderen Gruppen neue Kandidaten vor, die eine Kandidatur jedoch nicht annahmen. So standen in dem neu zu beginnenden 1. Wahlgang die gleichen Kandidaten zur Wahl wie vorher. Nachdem sie in den zwei folgenden Wahlgängen wieder nicht die notwendige Mehrheit erreicht hatten und ein Vertreter des SHB-SF eine erneute Öffnung der Kandidatenliste beantragte, stellte eine Spartakus-Vertreter fest, daß die von ihm aufgestellten Kandidaten gewählt seien, da auch im 2. Wahlverfahren nur seine Kandidaten zur Wahl standen, somit also vier Wahlgänge stattgefunden hätten. Die Beanstandung dieser Entscheidung gingn im Beifall des Spartakus unter. Damit hatte der Spartakus statt eines breiten Bündnisses eine Vorstandswahl durchgebracht, die vor jedem Verwaltungsgericht mit Erfolg angefochten werden könnte.
Die nichtspartakistischen Gruppen werden allerdings die bürgerliche Justiz zu politischen Auseinandersetzungen nicht einsetzen.

Der AStA der THD hatte damit sein Ziel - eine vds-Politik für einzelnen ASten und nicht umgekehrt - nicht erreicht.

DIE WEITERE ARBEIT IM VDS

Der AStA ist dem vds beigetreten, um zu verhindern, daß der vds nur einer einzigen politischen Gruppe Gelegenheit gibt, Politik und als positive Zielvorstellung die Bildung von Fachkonferenzen zu unterstützen und bei deren Konzipierung mitzuwirken und um die Informationsarbeit des Vorstandes dahingehend zu verändern, daß die ASten und die politisch arbeitenden Gruppen durch sie unterstützt werden. Das erste Ziel haben wir nicht erreicht.
Der Antrag zur Informationspolitik wurde im Vertrauen auf die o. g. Absprache dem Zentralrat überwiesen; das gleiche geschah mit dem zur Bildung von Fachkonferenzen. Darmstadt wurde auf der MV in den Zentralrat gewählt. Dort werden wir versuchen, unsere Vorstellungen über diese beiden Punkte durchzusetzen.

INFORMATIONSPOLITIK

Die bisherige Informaitonspolitik beschränkte sich auf langfristig angelegte, ausführliche Dokumentationen kapitalistischer Planungs- und Gesetzgebungsmaßnahmen. Das von dem vds-Vorstand herausgegebene vds-press gerann immer mehr zu einem Agitationsblatt des Spartakus-Vorstandes vorbei an den lokalen ASten. Eine Information, die kurzfristig und aktuell die Politik der Herrschenden verbreitet und damit die ASten, Roten Zellen und Basisgruppen in ihrer kurzfristigen Arbeit an konkreten Tagesfragne unterstützt, fehlte ebenso wie die Vermittlung der Informationen über die Diskussionen und Ergebnisse der Tagungen und Seminare des vds sowie über die Arbeit der einzelnen ASten.
Der Antrag zur Informationspolitik des vds sieht folgende Aufgaben für den vds vor:
Information über die Politik des Staates, zentrale Planungs- und Steuerungsgremien, Dokumentation der Entscheidung und Einschätzung ihrer Bedeutung für den Ausbildungsbereich und die Politik der Asten und Fachschaften.
Die Herausgabe einer Reihe "Hochschulpolitische Materialien" soll fortgesetzt werden mit folgenden Schwerpunkten:
- Studienreform, Hochschuldidaktik
- Fernstudium
- Bildungsplanung
- Forschungsplanung
- Kriegsforschung

Wir glauben, daß dieses Konzept die Politik der ASten und Basisgruppen optimal unterstützen kann, wenn es durchgeführt wird und werden daher diesen Antrag im Zentralrat unterstützen. Der zweite Antrag fordert die Bildung von Fachkonferenzen. Sie bilden die organisatorischen Voraussetzungen für die Diskussion der unterschiedlichen Ansätze und Strategien und für eine weitest mögliche Koordination des denzentralen Kampfes an den einzelnen Hochschulen.
Ein zentraler Punkt der Politik fast aller studentischen Gruppen ist die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Studienreform. Diese Arbeit muß organisatorisch und inhaltlich koordiniert werden, um die Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen gegenüber zentralen Maßnahmen zu erreichen. Der Antrag sieht deshalb die Bildung von folgenden Fachkonferenzen vor:
- Gesellschaftswissenschaften
- Naturwissenschaften
- Lehrerausbildung
- Medizin.

Zur Koordination und Diskussion des politischen Vorgehens der ASten in den Bereichen Sozialpolitik, zentrale Hochschulpolitik, Bildungsplanung und Internationalismus sollen die drei Projektbereiche
- Sozialpolitik
- Bildungspolitik
- Internationalismus

eingerichtet werden.
Die Projektbereiche arbeiten über längere Zeit theoretisch an bestimmten Projekten, während die Fachkonferenzen Maßnahmen gegen die kapitalistische Studienreform beschließen und für die einzelnen ausbildungsgänge Gegenmodelle entwickeln. Beide sollen ständige Informationsdienste für die einzelnen Hochschulen herausgeben, die die Diskussion in den Arbeitskonferenzen auswerten und die Ergebnisse verteilen.
Indem wir diesen Antrag unterstützen und bei der eigentlichen Arbeit mitwirken werden, galuben wir auch hier, unsere Vorstellung von der Arbeit eines vds einbringen zu können.

FACHKONFERENZ INGENIEURAUSBILDUNG

Allerdings erscheint uns sie Bidlung einer Fachkonferenz Naturwissenshcaften nicht ausreichend. Die Ausbildung an einer Technischen Hochschule und vor allem die Tätigkeit eines Ingenieurs unterscheidet sich wesentlich von dem eines Naturwissenschaftlers. Wir halten es deshalb für sinnvoll, eine zusätzliche Fachkonferenz Ingenieurausbildung zu konzipieren. Diese Fachkonferenz sollte einmal die Maßnahmen des Staates im Bezug auf die Ingenieurausbildung analysieren und zum andern Analysen zum Berufsbild erstellen. So wäre zum Beispiel die Frage zu klären, ob - und wenn ja, wodurch und wozu - der Ingenieur besonders intensiv an die Kandarre des herrschenden Systems gebunden werden. Die Tatsache, daß in Berlin die Technische Universität bei der Studienreform einem stärkeren Eingriff des Wissenschaftssenators unterliegt als die FU, könnte als ein Hinweis genommen werden.
Diese Arbeit wäre für die Konkretisierung des sozialistischen Studiums für uns von Bedeutung. Die Erarbeitung einer materialistischen Kritik der Ingenieurwissenschaften undndie Diskussion von Projekten, die den Studenten während ihres Studiums Haupttendenzen der Wissenschaft und ihre Verwertung in der Industrie begreiflich machen, wird die Möglichkeit für eine sozialistische Arbeit im Beruf unterstützen.